

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 12./13.10.2022

Zur 14. Sitzungsperiode des Landtages standen 27 Themen auf der Tagesordnung, über die am 12 und 13. Oktober debattiert und abgestimmt wurde.

#Inflation

Verlässlicher Energiekostendeckel sofort, Schuldenbremse aussetzen

Die aktuelle Energiekrise und enorme Inflation führen zu einer massiven Verunsicherung in der Gesellschaft und bergen sozialen, ökonomischen und politischen Sprengstoff. Daher hat die Linksfraktion einen weiteren Antrag mit konkreten Forderungen eingebracht. Denn bundesweit würden etwa ein Drittel der Bevölkerung in existenzielle Not geraten, wenn es keine effiziente Deckelung der Energiepreise für Privathaushalte gibt. Da dieses Problem schnellstmöglich gelöst werden muss, scheidet ein Kostenausgleich über eine gesonderte Beantragung durch bedürftige Familien aus. Auch das Festhalten an der Schuldenbremse behindert die Umsetzung dringend notwendiger schnell wirkender und effizienter Maßnahmen zur Bekämpfung der aktuellen Krise.

Die *Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Eva von Angern*, in der Aktuellen Debatte und bei der Einbringung unseres Antrages im Landtag:

„Der Doppelwumms als die von der Bundesregierung proklamierte Gaspreisbremse ab März 2023 ist leicht durchschaubar. Man will die Bürger*innen durch die Hintertür zur Sparsamkeit zwingen, damit diese in der Hauptheizperiode den Gashahn zudrehen, damit das Gas auch wirklich für die Industrie reicht. Da gibt es sogenannte Entlastungsmaßnahmen, die nach der Heizperiode pünktlich zum Tauwetter erst in Kraft treten und diese werden zusätzlich garniert mit Spartipps durch Winfried Kretschmann und Wolfgang Schäuble, wie man mit Waschlappen und warmen Pullovern möglichst die Heizung komplett ausgeschaltet lassen kann. Doch die Menschen lassen sich nicht für dumm verkaufen!

Ganz nebenbei wird nämlich unter den Teppich gekehrt, dass im Schnitt die Menschen, die zu den 10 Prozent mit dem höchsten Einkommen in unserer Gesellschaft gehören, vier Mal mehr Energie verbrauchen als jene, die zu den 40 Prozent mit den geringsten Einkommen gehören. Die Energiekommission der Bundesregierung fordert: je mehr Wohnfläche, je mehr Sauna und Pool, umso höher ist die staatliche Förderung. Und zur Schnelligkeit kann ich nur sagen, ich verstehe nicht, warum es schneller sein soll, jede einzelne Monatsrechnung für November anzuschauen, als den Nachweis erbringen zu lassen, wie viele Menschen in einem Haushalt leben.“

Und weiter: „Ca. 40 Prozent der Menschen in unserem Land haben keinerlei Rücklagen. Diese Menschen erleben eine drei- bis viermal höhere Belastung durch die in sämtlichen Lebensbereichen gestiegenen Kosten. Deshalb fordern wir ein Grundkontingent für alle, weil jeder Mensch gleich viel wert ist. Ich bin der Meinung, dass reiche Menschen keinerlei Entlastung durch den Staat erfahren müssen. Im Gegenteil: ich finde, dass sich reiche Menschen viel mehr an den Energieeinsparungen beteiligen müssen.“

„Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass wir wieder eine Energiepreisregulierung bekommen, die sich langfristig dieses Problems annimmt, weil wir die Versorgung unserer Wirtschaft und besonders unserer Bevölkerung mit dringend lebensnotwendigen Dingen wie Strom und Wärme nicht einfach dem freien Spiel der Märkte überlassen dürfen. Es muss endlich über eine Vergesellschaftung von Energiekonzernen gesprochen werden.“

Gleichzeitig kritisierte sie, dass der nunmehr angekündigte Entwurf des Landeshaushaltes erneut viel zu spät vorgelegt werde. Der Antrag der Linksfraktion wurde abgelehnt.

Auf der Landtagssitzung wurden zahlreiche weitere Anträge zum Thema diskutiert. Dabei erklärte die *energiepolitische Sprecherin Kerstin Eisenreich* in der Diskussion um einen Landesabwehrschirm gegen die Energiepreiskrise: „Seit über einem Jahr ächzen die Menschen unter Preisanstiegen vor allem bei Strom, Gas, Benzin. Abschlagszahlungen für Energielieferungen steigen um ein Vielfaches und verschlingen ganze Monatseinkommen oder mehr. Das ist für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen kaum noch zu bewältigen. Dazu kommen erhebliche Mehraufwendungen bei der Mobilität, denn sowohl im Nahverkehr als auch Fernverkehr steigen die Preise. Und leider hat es gerade hier Sachsen-Anhalt verpasst, zumindest für das günstige 9-Euro-Ticket vom Sommer zügig eine Anschlussregelung zu schaffen und als Land Verantwortung für die Menschen und deren Entlastung zu übernehmen. Das notwendige Geld wurde schlichtweg nicht bereitgestellt.“

„Sehr viele Menschen in Sachsen-Anhalt, die mit wenig Geld auskommen müssen wie Familien, Alleinerziehende, Sozialleistungsempfänger*innen, Rentner*innen oder Studierende leiden bereits jetzt sehr stark und müssen enorme Einschränkungen hinnehmen. Diese Situation bringt viele an den Rand der Existenz. Gleiches gilt auch insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, Bäckereien, Friseure und andere Handwerksbetriebe. Insolvenzen und Betriebsaufgaben drohen nicht nur, sie sind schon Realität. Aber auch kommunale Energieversorgungsunternehmen, Kliniken, die Kommunen mit Schulen, Kitas usw. sind von diesen massiven Preissteigerungen betroffen. Sie brauchen dringend Unterstützung, um nicht in die Knie zu gehen. Die bisherigen drei Entlastungspakete konnten allerdings gerade Menschen, die es am meisten brauchen, nicht wirklich entlasten. Direktzahlungen sind bei vielen noch nicht angekommen. Bei Hartz-IV-Bezieher*innen hat die Inflation die 200 Euro längst aufgeessen. Völlig absurd bleibt die Entlastung von Menschen, die aufgrund höherer Einkommen die Preissteigerungen nun wahrlich stemmen können. Dieses Gießkannenprinzip muss endlich aufhören, weil Gutverdienende damit wieder stärker entlastet werden. Das hat keinerlei Lenkungswirkung. Wer viel verbraucht, weil er es sich leisten kann, wird nicht zum Sparen angehalten.

DIE LINKE hat bereits im Juli einen Härtefallfonds gefordert, um besonders Notleidenden und Unternehmen in Notlagen schnell zu helfen. Insofern begrüßen wir die Forderungen aus dem vorliegenden Antrag, damit vor allem die Lücken geschlossen werden, die von den Bundesmaßnahmen nicht gedeckt werden. Wenn wir als Land erst abwarten, bis im Bund die Weichen komplett gestellt sind, geht uns als Land doch wieder viel Zeit verloren. Menschen und Unternehmen brauchen die Hilfe jetzt, ganz konkret. Und am Ende müsste aus unserer Sicht mindestens eine weitere monatliche Abschlagszahlung für die Menschen im Land drin sein.“

#Wasser

Nachhaltiger und verantwortungsvoller Umgang mit der Ressource Wasser

Sachsen-Anhalt spürt die Auswirkungen klimatischer Veränderungen und daraus resultierender Extremwetterereignisse wie Hochwasser und Dürre. Die Hochwasserschutzmaßnahmen sind noch nicht abgeschlossen und Hochwasserschutz nicht umfänglich hergestellt. Auch die Dürre hat vor allem in den letzten Jahren enorme Spuren hinterlassen und die Auswirkungen auf unsere Umwelt, Wasserversorgung und Landwirtschaft sind kaum absehbar. Die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie bedarf intensiver Anstrengungen. Ein zeitweiliger Ausschuss „Nachhaltiger und verantwortungsvoller Umgang mit der Ressource Wasser“ setzt ein Zeichen im Land. Die Herausforderung, die Problematik Wasserhaushalt und -nutzung in ihrer Komplexität zu erfassen, rechtfertigt aus Sicht der Fraktion DIE LINKE die Einsetzung eines Unterausschusses.

Zur Einbringung unseres Antrages betonte der *umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange*: „Es geht mir um die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels, der menschengemachten Klimakatastrophe hautnah, live und in Farbe. Wir müssen dringend Anpassungsmaßnahmen vornehmen. Wir erleben, wie unsere Felder verdorren und riesige Waldgebiete absterben. Mit einem Jahr Unterbrechung schlägt die Dürre wieder zu. Und wir wissen, dass sich diese Dürre nicht nur an der Oberfläche abspielt, sondern das Auffüllen der Grundwasserkörper lange Zeit braucht. Wir

erleben, wie die Schifffahrt eingeschränkt war und sich daraus wirtschaftliche Einschränkungen ergeben haben. Und die abgestellten Atommeiler in Frankreich, die nicht mehr gekühlt werden können, haben direkte Auswirkungen auf unsere Energieversorgung und auf unsere Energiepreise.

Modernste satellitengestützte Forschungsergebnisse haben ergeben, dass Deutschland eines der Länder weltweit mit dem größten Wasserverlust ist. Jährlich verliert Deutschland 2,5 Gigatonnen Wasser; das ist in den letzten 20 Jahren die Menge des Bodensees. Die Lage ist also dramatisch und verlangt höchste Aufmerksamkeit auch von der Politik.“ Wasserverfügbarkeit und nachhaltiger Umgang mit unserem Wasser müssten höchste politische Aufmerksamkeit erhalten. Wir müssten mehr Wasser in der Fläche halten. Hier im mitteldeutschen Trockengebiet komme es besonders darauf an, die Winterfeuchte effektiv zu nutzen, um die Sommertrockenheit zu überbrücken. Wir brauchen effektive Schutzstrategien, um mit Starkregenereignissen umzugehen. Es gehöre zum Paradox dazu, dass es auch wieder Hochwasserereignisse geben werde. Gleichzeitig müssten wir die Versiegelung des Bodens endlich begrenzen, versiegelte Bodenflächen wieder freiräumen, dort, wo versiegelt wird, auf Wasserrückhaltmaßnahmen drängen, Zisternen anlegen und endlich bei der Stadtentwicklung auf Schwammstädte hinarbeiten.

Der Antrag wurde abgelehnt.

#Bürgergeld

Keine ausgeschmückte Armut per Gesetz, sondern Überwindung von Hartz IV!

Nach 17 Jahren versucht die Ampel-Koalition das menschenunwürdige System von Hartz IV zu überwinden. Auch wenn der aktuelle Gesetzesentwurf Verbesserung zum bestehenden Hartz-IV-System aufzeigt, die den Alltag von einigen Betroffenen fühlbar erleichtern werden, betreffen die wesentlichen Verbesserungen nur bestimmte Personengruppen. Die zentralen finanziellen Verbesserungen beim Bürgergeld gehen an diejenigen vorbei, denen es ökonomisch am schlechtesten geht. Die erhofften Verbesserungen von mehr sozialer, politischer und kultureller Teilhabe und eine gesunde Ernährung, werden nicht ohne massiv erhöhte Regelsätze zustande kommen. Notwendig ist eine vollständige Abschaffung von Sanktionen und sogenannten Leistungsminderungen, die zu Mangellagen führen, Menschen mit niedrigem Bildungsgrad diskriminieren.

Die *sozialpolitische Sprecherin* **Monika Hohmann** unterstrich in ihrer Einbringung: „Seit 17 Jahren erklären wir als DIE LINKE, dass das Grundsicherungssystem ALG II, auch Hartz IV genannt, generell menschenunwürdig und die Armut per Gesetz ist.“ Mit dem bestehenden Referentenentwurf würden die Hoffnungen an vielen Stellen stark gedämpft. Rundum könne gesagt werden, dass mit dem aktuellen Entwurf Hartz IV nicht überwunden werden kann. Für eine Vielzahl der Leistungsberechtigten ergäben sich keine spürbaren Verbesserungen. „So müssen wir feststellen, dass Langzeiterwerbslose, chronisch Kranke, Bezieherinnen der Erwerbsminderungsrente oder auch Personen mit aufstockendem Leistungsbezug keine hilfreiche Berücksichtigung im Referentenentwurf finden.“ Die Höhe des Bürgergeldes ist nicht ausreichend. Langfristig muss für Kinder und Jugendliche eine eigenständige sanktionsfreie Grundsicherung eingeführt werden, so einige unserer Forderungen im Antrag.

Der Antrag wurde abgelehnt.

#aktuell debattiert

Hände weg vom Nationalpark Harz – klares Bekenntnis zum größten deutschen Waldnationalpark

In letzter Zeit wurden insbesondere auch aus der Politik Stimmen laut, die das natur-schutzfachliche Konzept zum Nationalpark Harz anzweifeln. Der Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft

und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt, Sven Schulze, stellte den gesamten Nationalpark vor Kurzem öffentlich grundsätzlich infrage. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE darf das Gesamtkonzept für einen gemeinsamen Nationalpark nicht angezweifelt werden. Der Landtag soll sich zum Nationalpark Harz bekennen und diesen in all seinen naturschutzfachlichen und touristischen Aspekten würdigen. Dazu hat die Linksfraktion in einer von ihr initiierten Aktuellen Debatte auch einen entsprechenden Antrag vorgelegt.

Der *umweltpolitische Sprecher* **Hendrik Lange** sagte dazu: „Mit dem Nationalpark Harz verfügen die Länder Niedersachsen und Sachsen-Anhalt über einen der größten – wenn nicht gar den größten Waldnationalpark Deutschlands. Er umfasst mit seinen 247 Quadratkilometern etwa 10 Prozent des Harzes und ist international anerkannt. Gemäß dem weltweiten Motto der Nationalparke „Natur Natur sein lassen“ wird immer mehr Fläche im Nationalpark sich selbst überlassen, so dass sich eine neue Wildnis entwickelt. Ziel ist es dabei, dass mindestens 75 Prozent der Fläche eine Naturdynamikzone werden, was für die internationale Anerkennung eine Mindestgröße darstellt. Die Natur Natur sein lassen, die Entwicklung der Wildnis, das alles ist nicht nur spannend für den Naturschutz und die Wissenschaft. Die Wildnis im Harz ist vor allem auch eines – sie ist schön. Und was so schön ist wie der Nationalpark Harz, das schützt man und entwickelt es weiter.“

In seine Ausführungen bedankte er sich ausdrücklich bei den Mitarbeiter*innen des Nationalparks für ihre geleistete Arbeit und setzte fort: „Und nun ist der Schutz der Natur natürlich der wichtigste Aspekt. Aber weil der Nationalpark so schön ist, lockt er jedes Jahr Millionen Tourist*innen an. Allein der Brocken zählt über 1,7 Millionen Besucher*innen jährlich. Insgesamt werden etwa 9 Millionen Besucher*innen der Nationalparkregion zugeordnet. Wir sind uns also auch der touristischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Nationalparks bewusst. Umso erschreckender und unverständlicher war es für uns, dass ausgerechnet der für Forst, Tourismus und Wirtschaft zuständige Minister Schulze den gemeinsamen Nationalpark mit Niedersachsen in Frage stellte und den Sachsen-Anhaltischen Teil herauslösen wollte. Er hat mit dieser Hauruckaktion gezeigt, dass er vom Forst, noch von Wirtschaft und sogar vom Tourismus wenig Ahnung hat. Und dass, obwohl er sich ja sein Superministerium selbst zusammengezimmert hat. Wer sich als Kronprinz im Superministerium inszeniert, muss mehr können als provokante Schlagzeilen zu produzieren. Er braucht Fachkompetenz und Fingerspitzengefühl und die nötige Ruhe, auch und gerade wenn es brennt. Im Wahren und im übertragenen Sinne des Wortes.“

Herr Minister, Sie können heute die Gelegenheit nutzen und zugeben, dass das eine schlechte Performance war und sich dafür entschuldigen.“ Dieser Antrag und diese Debatte seien Folge unbesonnener Äußerungen eines Ministers. Umso wichtiger sei ein erneutes Bekenntnis zum gemeinsamen Nationalpark und seiner Naturschutzfachlichen Konzeption. Das könne Missverständnisse und Irritationen ausräumen und stärke der Nationalparkverwaltung den Rücken. „Wenn wir es jetzt noch schaffen, den Nationalpark Harz mit mehr Mitteln auszustatten haben wir etwas Gutes für den Naturschutz, für den Tourismus und die Wirtschaft getan“, so **Hendrik Lange**.

Der Antrag wurde in die für Forst und Umwelt zuständigen Ausschüsse überwiesen.

#Bildung

Masterplan zur Sicherung der Schulbildung in Sachsen-Anhalt gefordert

Der Lehrkräftemangel hat durch die verfehlten Bedarfsprognosen seit 2007 und die darauf begründete Reduzierung der Lehramtsausbildung ein Maß erreicht, dass die Zukunftsfähigkeit des Landes insgesamt und die individuellen Entwicklungsperspektiven zehntausender Schüler*innen massiv bedroht. Nach den derzeit absehbaren Rahmendaten muss im Gegenteil damit gerechnet werden, dass bei Fortsetzung der aktuellen Personalpolitik ohne eine Erweiterung der bisher ergriffenen Maßnahmen in den kommenden Jahren immer neue Tiefpunkte im schulischen Bildungsangebot zu verzeichnen sind. Die schnell und beständig wachsende Differenz in der Unterrichtsversorgung zwischen den Schulen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II, am stärksten zwischen den zentralen Schulformen den Sekundarschulen auf der einen und den

Gymnasien auf der anderen Seite verschärfen die ohnehin bestehende Bildungsgerechtigkeit im gegliederten Schulsystem. Hinzu kommt eine immer stärkere Disparität zwischen den Regionen des Landes – zulasten der Landkreise im Norden und Osten des Landes. Die Bekämpfung des Mangels muss deshalb in das Zentrum aller politischen und administrativen Anstrengungen gerückt werden. Neben kurzfristig wirkenden Maßnahmen der Personalgewinnung kommt es für eine mittel- und langfristig wirkende Problemlösung darauf an, die Fehler in der Lehramtsausbildung an den beiden Universitäten des Landes zu korrigieren. Das betrifft insbesondere die Wiederaufnahme der Lehramtsausbildung in Magdeburg, die bessere Fächersteuerung, die den prognostizierten Bedarf nicht länger ignoriert, und die deutlich stärkere Ausrichtung der fachwissenschaftlichen Ausbildung im Lehramtsstudium am Studienziel.

Dazu betonte **Thomas Lippmann**, stellv. Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher: „4.121 - das war die Zahl der Woche des Statistischen Landesamtes zum Weltlehrertag am vergangenen Mittwoch. So viele Lehramtsstudierende gab es vor einem Jahr in Sachsen-Anhalt. Das klingt vielleicht viel, ist es aber nicht. Denn um unseren Einstellungsbedarf im nächsten Jahrzehnt aus eigener Kraft zu decken, müssten es 2 000 bis 3 000 Lehramtsstudierende mehr sein. Es waren aber nur 200 Studierende mehr als im Jahr 2020.“ Im gesamten Jahr 2021 hätten noch nicht einmal 400 Studierende ihr Lehramtsstudium bei uns abgeschlossen. Das sei weiterhin nicht einmal die Hälfte der Zahl der derzeit ausscheidenden Lehrkräfte. Um uns aus dem Mangel wieder herauszuarbeiten, würden wir in den nächsten zehn Jahren also zwei- bis dreimal so viele Absolventen benötigen. Doch in der Lehramtsausbildung werde noch immer gemauert und geknausert. Am Ende stehe gern die Behauptung, dass es ja gar keine Bewerberinnen und Bewerber für noch mehr Studienplätze gäbe. Fakt sei aber, dass diese 400 Lehramtsabsolventen im Jahr 2021 noch nicht einmal 5 % der Hochschulabschlüsse ausgemacht hätten.

„Es gibt genügend junge Menschen, die ein Lehramt studieren wollen,“ so Thomas Lippmann weiter. „Man muss sie nur lassen und ihnen ein adäquates Studium anbieten. In jedem Jahr werden Hunderte Interessenten an einem Lehramtsstudium von der MLU ferngehalten, weil es jede Menge Zulassungsbeschränkungen gibt.“ Die Folgen dieses Mangels sind gravierend und führen zu zahllosen Unterrichtsausfällen. „Deshalb gehört jetzt ein Masterplan für die Sicherung der Schulbildung auf Ihren Tisch. Es ist der entscheidende Zeitpunkt, um Verantwortung zu übernehmen und Weichen anders zu stellen. Wir haben unsere Vorschläge dazu im vorliegenden Antrag zusammengetragen und bieten unsere Unterstützung an.“

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Bildung und den Wissenschaftsausschuss überwiesen

+ + kurz berichtet + + kurz berichtet + + kurz berichtet +

Wahl eines Vizepräsidenten der AfD scheitert erneut

Die Fraktion der AfD unternahm einen weiteren Anlauf, einen ihrer Abgeordneten zu Vizepräsidenten des Landtages wählen zu lassen. Auch der nunmehr vorgeschlagene Matthias Lieschke scheiterte. Allerdings gab es auch dieses Mal für seine Nominierung mehr ja-Stimmen, als die AfD Abgeordnete hat. Anders als im Bundestag agieren die demokratischen Fraktionen im Landtag von Sachsen-Anhalt nicht konsequent einheitlich bei der Ablehnung.

Weiterhin kein Landesdatenschutzbeauftragter in Sicht

Beim zweiten Versuch einer Wahl des Landesdatenschutzbeauftragten erreichter erneut keiner der Bewerber die erforderliche Mehrheit.

+ Was sonst noch passierte + + Was sonst noch passierte +

Verirrter Spatz sorgt für Aufregung

Während der Landtagsdebatte am Donnerstag hatte sich ein Spatz in den Plenarsaal verirrt. Das sorgte für Aufregung im Saal. Wir können berichten, dass nach mehreren Versuchen der geflügelte Gast erfolgreich eingefangen und wohlbehalten in die Freiheit entlassen wurde.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 16. Oktober 2022

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Oktober 2022 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.
Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.